
**Unsere IHK.
Das fordern wir.**

Wirtschaftspolitische Positionen 2017-2021

| | |
|--|----------|
| 0. Einleitung | Seite 3 |
| 1. Starke Wirtschaft durch starken Nachwuchs | Seite 4 |
| 2. Fachkräfte für den Erfolg | Seite 5 |
| 3. Stimme der Wirtschaft | Seite 6 |
| 4. Lebendige Städte für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort | Seite 7 |
| 5. Vom Niederrhein in die Welt | Seite 10 |
| 6. Fließender Verkehr für gute Geschäfte | Seite 11 |
| 7. Gewerbeflächen fürs Wachstum | Seite 16 |
| 8. Digitale Welten für zeitgemäße Vernetzung | Seite 21 |
| 9. Energiewende mit Zukunft | Seite 23 |
| 10. Industrie – Rückgrat der Region | Seite 25 |
| 11. Forschung und Innovationen sichern die Zukunft | Seite 26 |
| 12. Der Niederrhein, ein starkes Stück Rheinland | Seite 27 |

Einleitung

Der Niederrhein ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Die Stimmung der Unternehmen ist gut. Das haben unsere vergangenen Konjunkturumfragen gezeigt. Dieser Optimismus darf aber nicht über mancherlei Risiken, Hemmnisse und Hürden hinwegtäuschen, die sich negativ auf die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen und des Wirtschaftsstandorts auswirken können. Deshalb haben wir in Zusammenarbeit mit den IHK-Regionalausschüssen wirtschaftspolitische Positionen formuliert, die wir unter dem Titel „Unsere IHK. Das fordern wir.“ zusammengefasst haben.

Diese wirtschaftspolitischen Positionen sind die Grundlage für die Interessenvertretung gegenüber Politik und Verwaltung. Dabei adressieren wir unsere Forderungen an die Politiker in unseren Kommunen, aber auch an unsere Landtags- und Bundestagsabgeordneten. Denn gerade auch Sachverhalte, die in Düsseldorf oder Berlin diskutiert und beschlossen werden, haben möglicherweise große Auswirkungen auf Unternehmen in Krefeld, Mönchengladbach, dem Rhein-Kreis Neuss und dem Kreis Viersen.

Die Gliederung dieser Forderungen ist an unser Leitbild „Das sind wir. Das machen wir“ angelehnt. Darin haben wir Mitte 2017 unsere Tätigkeitsfelder beschrieben. Unter den einzelnen Überschriften gibt es sowohl Forderungen, die für die Unternehmen in der gesamten Region Mittlerer Niederrhein von Bedeutung sind, als auch solche, die sich speziell auf Krefeld, Mönchengladbach, den Rhein-Kreis Neuss oder den Kreis Viersen beziehen.

Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsregion insgesamt, aber auch für die einzelnen Standorte unterliegen einem ständigen Wandel. Darauf müssen wir reagieren. Deshalb ist die Formulierung dieser wirtschaftspolitischen Forderungen ein fortlaufender Prozess. Dabei sind wir auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Schließlich sind Sie es, die schlechte Rahmenbedingungen in der täglichen unternehmerischen Praxis zu spüren bekommen.

Jürgen Steinmetz,
Hauptgeschäftsführer

Starke Wirtschaft durch starken Nachwuchs

Die duale Berufsausbildung ist die Basis des deutschen Bildungssystems. Schließlich benötigt eine starke Wirtschaft einen starken Nachwuchs.

Das fordern wir für den Mittleren Niederrhein:

➤ **Ein besseres Image der dualen Ausbildung**

- Sämtliche Akteure müssen sich für das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung einsetzen.
- Auf die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung sollte immer wieder hingewiesen werden, um das Image der dualen Ausbildung mit der anschließenden höheren Berufsbildung in der öffentlichen Wahrnehmung zu verbessern.
- Um unversorgte und noch nicht ausbildungsreife Jugendliche weiter zu qualifizieren, müssen betriebliche Angebote gefördert werden. Ziel muss dabei die Integration in eine betriebliche Erstausbildung bleiben.

➤ **Die Stärkung der Berufskollegs**

- Ziel ist ein flächendeckendes, ortsnahe Berufsschulangebot. Das stärkt die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen und die Ausbildungsmotivation junger Menschen, die in ihrer Region verwurzelt sind.
- Die technische und personelle Ausstattung der 15 Berufskollegs am Mittleren Niederrhein muss kontinuierlich verbessert werden. Nur dann können die Azubis in der Berufsschule für den digitalen Wandel fitgemacht und auf die Wirtschaft 4.0 vorbereitet werden.

➤ **Die Förderung der Berufsorientierung**

- Das Thema Berufsorientierung muss weiter konsequent in die Strukturen aller Schulformen integriert werden.
- Das Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) sollte auf seine Wirksamkeit hin überprüft und praktikabel weiterentwickelt werden.
- Themen wie „Wirtschaft“ und „Arbeitsleben“ müssen in den Schulalltag integriert werden.

Fachkräfte für den Erfolg

In vielen Branchen mangelt es an qualifizierten Mitarbeitern. Um den Fachkräftebedarf zu decken, sollte das Potenzial von älteren Arbeitnehmern, Menschen mit Behinderungen und Bürgern mit Migrationshintergrund noch mehr als bisher gefördert werden.

Das fordern wir für den Mittleren Niederrhein:

➤ **Geflüchtete beruflich integrieren**

- Die Anträge auf Beschäftigungserlaubnis müssen zeitnah bearbeitet und innerhalb von maximal zwei Wochen beschieden werden. Das ist für die Planungssicherheit der Unternehmen wesentlich. Aktuell liegt der Bearbeitungszeitraum bei vier bis sechs Wochen.
- Die sogenannte 3+2-Regelung für Flüchtlinge in der Ausbildung birgt nach wie vor für Unternehmen Unsicherheiten. Eine Duldungsregelung wäre bereits für die Zeit der Ausbildungsvorbereitung wichtig, etwa während einer Einstiegsqualifizierung. Der Bund sollte Interpretationsräume in dem Gesetz schließen und Ergänzungen für das Thema Ausbildungsvorbereitung formulieren.
- Die Einstiegsqualifizierung (EQ-Plus) für Flüchtlinge sollte mit einem Sprachkurs verknüpft werden. Dazu werden am Mittleren Niederrhein Sprachangebote in Teilzeit benötigt.

➤ **Fachkräfte beruflich weiterbilden**

- Mit verschiedenen Instrumenten (z.B. Bildungsscheck, Bildungsprämie und AFBG-Bafög) fördert der Staat Qualifizierungsmaßnahmen. Diese unterliegen verschiedensten und sich fortlaufend verändernden Voraussetzungen. Die Voraussetzungen sollten dabei nicht so häufig wie bisher verändert werden, um die Akzeptanz der Instrumente in der Wirtschaft zu erhöhen und deren Administration zu erleichtern. Gleichzeitig sollten die Instrumente besser aufeinander abgestimmt werden, um die Partizipation unterschiedlicher Zielgruppen klar zu trennen. Insbesondere sollten die restriktiven Gehaltsgrenzen beim Bildungsscheck wieder gestrichen werden. Aktuell müssen zahlreiche Antragsteller abgewiesen werden, zumal bereits die Bildungsprämie (traditionell) über Gehaltsobergrenzen verfügt.
- Weiterbildungs- und Beratungsangebote sollten flächendeckend und ortsnah zur Verfügung stehen.
- Auf dem Weg in die digitale Arbeitswelt müssen auch ältere Arbeitnehmer durch passgenaue Weiterbildungsangebote mitgenommen werden.
- Doppelstrukturen der Bildungsakteure sollten vermieden werden. Für die Kompetenzförderung auf wissenschaftlichem Niveau sind die Hochschulen mit ihren Angeboten zuständig, für die berufliche Weiterbildung die zuständigen Stellen gemäß Berufsbildungsgesetz, Bildungsträger und Unternehmen.

Stimme der Wirtschaft

Immer mehr Regeln und Gebote schränken die unternehmerische Freiheit ein. Steigende Steuern schwächen den Standort Mittlerer Niederrhein. Bürokratieabbau, Deregulierung und Privatisierung – so lauten unsere wirtschaftspolitischen Kernforderungen.

Das fordern wir für den Mittleren Niederrhein:

- **Eine strenge Einhaltung des Konnexitätsprinzips**
 - Bund und Land müssen das Konnexitätsprinzip einhalten: Sie müssen die Leistungen, mit denen sie die Kommunen beauftragen, auch finanzieren. Dies gilt insbesondere für den immer teurer werdenden Sozialbereich. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Steuern vor allem in Städten mit einer besonders ungünstigen Sozialstruktur stetig erhöht werden und diese so zusätzlich an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

- **Mehr interkommunale Kooperation**
 - Nicht nur eine systematische Aufgabenkritik trägt dazu bei, dass Kommunen sparen. Auch weitreichendere kommunale Kooperationen können helfen, Kosten zu senken. Indem einzelne Gemeinden bestimmte Aufgaben outsourcen, können sie sich sachlich, thematisch und personell spezialisieren. Das spart Geld. Zugleich werden Vorgänge entbürokratisiert. Letztlich führt eine solche kommunale Kooperation zu einer kundenfreundlicheren und kompetenteren Verwaltung.

- **Die Einführung eines One-Stop-Agency-Konzepts**
 - In Kommunen, die das One-Stop-Agency-Konzept eingeführt haben, betreut ein einziger Ansprechpartner den Kunden und begleitet ihn durch den „Behördenschungel“. Dieses Konzept ist für die Städte und Gemeinden am Mittleren Niederrhein nachahmenswert.
 - Zu einer mittelstandsfreundlichen Verwaltung gehört zudem eine institutionalisierte und personell gut aufgestellte Wirtschaftsförderung, die sich um die Anwerbung und Betreuung neuer Unternehmen ebenso kümmert wie um die Pflege von Bestandsunternehmen. Zudem sollten die Städte, Gemeinden und Kreise ihre wirtschaftsrelevanten Aufgaben und Dienstleistungen verlässlich, in kurzen Fristen und nachvollziehbar wahrnehmen.

- **Eine nachhaltige Haushaltspolitik in den Kommunen**
 - Bei der Konsolidierung der kommunalen Haushalte muss der Schwerpunkt auf der Reduzierung der Ausgaben liegen.
 - Sowohl Grund- als auch Gewerbesteuern sollten nicht erhöht werden.

Lebendige Städte für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort

Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistung und passende Wohnangebote tragen zur Attraktivität eines Zentrums bei. Deshalb fördern wir die Vielfalt der Innenstädte.

Das fordern wir für den Mittleren Niederrhein:

➤ **Die Digitalisierung in den Städten vorantreiben**

- Innenstädte müssen über eine infrastrukturelle Basis verfügen.
- Eine ausreichend dimensionierte Breitbandinfrastruktur von mindestens 1 Gbit ist erforderlich.
- In den Innenstädten und im ÖPNV sollte kostenloses und frei zugängliches WLAN zur Verfügung stehen.
- Ein flächendeckendes Mobilfunknetz ist notwendig.
- Der Verkehr muss intelligent geführt und vernetzt sein.
- Die Entwicklung von „smart Cities“ steht erst am Anfang. Aber schon jetzt sollten die Städte und Gemeinden am Mittleren Niederrhein die Chancen nutzen und sich mit dem Thema befassen.

Außerdem fordern wir für Krefeld:

➤ **Die Fortschreibung des Innenstadtkonzepts**

- Das bisherige Innenstadtkonzept (Büro Junker & Kruse, 2010) sollte fortgeschrieben werden, um die Strategie „Innenstadt als Einkaufszentrum“ mit operativen Maßnahmen zu unterfüttern.
- Die Aktivitäten der „ISG Lebendige Innenstadt“ müssen integriert werden. Deren Arbeit ist elementar für eine auch vom Handel mitgetragene Attraktivitätsoffensive für die Krefelder Innenstadt.

➤ **Den Einsatz des Innenstadtmonitorings**

- Wir unterstützen die Stadt Krefeld bei ihrem Bestreben, die Innenstadt architektonisch aufzuwerten, hochwertige Wohnangebote zu schaffen und einen lebendigen Handel zu erhalten. Unter dem Motto „Innenstadt als Einkaufszentrum“ verfolgt Krefeld dabei die Strategie, die Innenstadt individuell und attraktiv zu halten.
- Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Bürger- und Passantenbefragungen wurde von Professor Harald Vergossen von der Hochschule Niederrhein ein Modell für ein Innenstadtmonitoring entwickelt. Dabei geht es nicht nur darum, Indikatoren zur Innenstadtattraktivität für Krefeld zu entwickeln, sondern auch darum, die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Städten zu bewerten. Wir fordern, dieses Monitoring einzusetzen.

➤ **Eine Baustellenkoordination und einen offenen Ostwall**

- Der Umbau der Haltestelle „Ostwall“ hat gezeigt, dass Beeinträchtigungen durch eine gute Kommunikation minimiert werden können. Deshalb ist es mit Blick auf künftige Großbaustellen sinnvoll, dass die Stadt eine dauerhafte Baustellenkoordination bereitstellt.
- Die Sperrungen im Zuge des Ostwall-Umbaus haben verdeutlicht, wie wichtig die Öffnung des Ostwalls für den Verkehr ist. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der Ostwall mit seinen Zu- und Abfahrten dauerhaft für den Autoverkehr gesichert wird.

Außerdem fordern wir für Mönchengladbach:

➤ **Die Wahrnehmbarkeit der Hochschule steigern**

- Die Sichtbarkeit der Hochschule muss in der Stadt weiter verbessert werden. Das würde nicht nur zu einer Belebung Rheydts führen, sondern ein Vorteil für den gesamten Standort sein.
- Die geplante Entwicklung des Polizeipräsidium-Areals sollte sobald wie möglich in Angriff genommen werden.
- Bereits 2015 wurden viele weitere Vorschläge zur Umfeldgestaltung der Hochschule in den Rat der Stadt eingebracht. Die Umsetzung sollte eine höhere Priorität haben. Damit verbunden sollte die Abstimmung zwischen Stadt und Hochschule verbessert werden.

➤ **Das Engagement der Stadt für den Handel verstärken**

- Mönchengladbach zählt zu den wenigen Städten in Deutschland, die nicht über ein kommunales Citymarketing verfügt. Die beiden Citymanagements in Gladbach und Rheydt agieren als private Vereine. Hier ist ein noch stärkeres Engagement der Stadt, der Wirtschaftsförderung und der Marketinggesellschaft Mönchengladbach notwendig.

➤ **Den Masterplan Mönchengladbach weiter umzusetzen**

- Der Masterplan MG 3.0 hat die Stadtentwicklung der vergangenen Jahre in Mönchengladbach entscheidend mitgeprägt. Wir begrüßen, dass dessen Ziele in das Konzept „mg+ wachsende Stadt“ eingeflossen sind.
- Die Wirtschaft wird die Stadtentwicklung Mönchengladbachs als wichtigen Standortfaktor auch weiterhin begleiten und – wenn nötig – selbst Verantwortung bei der Umsetzung einzelner Projekte übernehmen. Das gute Zusammenspiel zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft hat sich bewährt und sollte in den nächsten Jahren fortgeführt werden.

Außerdem fordern wir für den Rhein-Kreis Neuss:

➤ **Die Entwicklung des Areals Hammfeld II zu einem Gewerbestandort**

- Der Möbelhaus-Investor Kurt Krieger hat für die Entwicklung des Gesamtareals Hammfeld II mit rund 100.000 Quadratmetern Fläche einen Optionsvertrag, der ihm fünf Jahre Zeit gibt. Laut ersten Plänen soll dort ein weiterer Mitnahmemöbelmarkt und ein Fahrradfachmarkt entstehen.
- Wir sehen diese Planungen kritisch, vor allem auch deshalb, weil schon heute im benachbarten Möbelmarkt zentrenrelevante Sortimente in erheblichem Umfang verkauft werden. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, das Hammfeld II zu einem Gewerbestandort und eben nicht zu einem Fachmarktstandort zu entwickeln.

Außerdem fordern wir für den Kreis Viersen:

➤ **Ein eigenes Profil entwickeln**

- Die Städte und Gemeinden des Kreises Viersen sollten die Vorteile aus ihrer architektonischen, wirtschaftlichen und kulturellen Individualität in Verbindung mit ihrer recht ausgewogenen Sozialstruktur nutzen und stärken. Sie müssen ihr eigenes Profil entwickeln.

➤ **Freizeit und Kulturangebot in Viersen ausweiten**

- Viersen hat ein bemerkenswertes Einzelhandelsangebot und dennoch können nur wenig Kunden aus dem Umland an die Stadt gebunden werden. Nach Ergebnissen der Studie „Vitale Innenstädte“ des Instituts für Handelsforschung (IfH), Köln, liegt das unter anderem an dem eher schwach ausgeprägten Freizeit- und Kulturangebot in Viersen. Wir fordern vor allem auch vor dem Hintergrund eines sich verändernden Konsumverhaltens, dass entsprechende Angebote in Viersen ausgeweitet werden.

➤ **Die Einzelhandelsentwicklung in Brüggen innenstadtverträglich steuern**

- Durch die sukzessive Ausweitung der Verkaufsflächen entlang der Borner Straße in Brüggen ist in den vergangenen Jahren eine Handelslage mit eigenem Gewicht entstanden. Eine weitere Ausweitung birgt das Risiko, den Einzelhandelsbestand im Ortskern zu schwächen. Wir fordern daher, dass eine weitere Entwicklung entlang der Borner Straße planungsrechtlich konsequent gesteuert wird.

Vom Niederrhein in die Welt

Der Außenhandel ist für die Wirtschaft am Mittleren Niederrhein besonders wichtig. Jeder zweite Euro in der Region wird durch Import oder Export verdient.

Das fordern wir für den Mittleren Niederrhein:

➤ **Offene Märkte und ein unbürokratisches Zollrecht**

- Wir setzen uns angesichts des zunehmenden Protektionismus für offene Märkte und moderne europäische Freihandelsabkommen mit wichtigen Wirtschaftspartnern ein. Wir engagieren uns dafür, den europäischen Binnenmarkt mit seinen zahlreichen Freiheiten für die Unternehmen zu erhalten und weiterzuentwickeln.
- Die Zollabwicklung ist für unsere Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor. Wir machen uns deshalb dafür stark, die Zoll- und Exportbestimmungen vor Ort zügig, unternehmensnah und unbürokratisch umzusetzen.

➤ **Mehr grenzüberschreitende Kooperation**

- Der westliche Teil des IHK-Bezirks ist von der Lage an der Grenze zu den Niederlanden geprägt. Obwohl die Zusammenarbeit in der Euregio Rhein Maas Nord gut funktioniert, findet bei der regionalen Entwicklung noch wenig Abstimmung statt. Wir fordern, dass die Anstrengungen zur grenzüberschreitenden Kooperation in den Bereichen Infrastruktur, ÖPNV, Kultur und Wissenstransfer weiter intensiviert werden.

Fließender Verkehr für gute Geschäfte

Die Lage im Herzen Europas und gute Verkehrsanbindungen haben den Wirtschaftsstandort Mittlerer Niederrhein stark gemacht. Die Logistikwirtschaft ist für unsere Region sehr wichtig. Doch die Infrastruktur wird den wachsenden Verkehrsströmen teilweise nicht mehr gerecht.

Das fordern wir für den Mittleren Niederrhein:

➤ **Die Erhaltung und Sanierung von Straßen und Brücken**

- Der Investitionsstau bei Straßen muss aufgelöst werden, und notwendige Sanierungen müssen zügig umgesetzt werden. Außerdem sollten die im Bundesverkehrswegeplan beschriebenen Maßnahmen zur Kapazitätserweiterung in Angriff genommen werden.
- Bei den aktuellen Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Rheinquerungen darf der Schwerpunkt nicht allein auf die Autobahnbrücken gelegt werden. Auch die Brücken im nachgeordneten Straßennetz, wie etwa die Uerdinger Rheinbrücke, die Rheinkniebrücke, die Theodor-Heuss-Brücke und die Josef-Kardinal-Frings-Brücke, müssen den Anforderungen gerecht werden. Sie bilden die Grundlage für einen funktionierenden Wirtschafts- und Berufspendlerverkehr.

➤ **Die Sicherung von Schwerlaststruten**

- Im Zuge der Energiewende sind zahlreiche Schwertransporte mit mehr als 500 Tonnen notwendig. Unter anderem Transformatoren und Elemente von Windkraftanlagen werden von den Produktionsstandorten in unserer Region zur Verladung in den Krefelder Hafen gebracht. Für die Produktionsbetriebe ist es existenziell, dass sie auch in Zukunft erreichbar sind. Deshalb müssen entsprechende Korridore für die Schwerlasttransporter in den überregionalen Planungen gesichert werden.

➤ **Den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene Eiserner Rhein bringen**

- Der Eiserne Rhein verbindet Antwerpen mit unserem Wirtschaftsraum und den landesbedeutsamen Hafenstandorten Krefeld und Neuss. Die IHK Mittlerer Niederrhein spricht sich für eine Reaktivierung des Eisernen Rheins aus. Die Eisenbahntrasse soll von Roermond aus entlang der N 280 und der A 52 bis nach Mönchengladbach führen.
- Zur Vermeidung von Engpässen auf der Schienenstrecke zwischen Viersen-Mönchengladbach-Rheydt ist eine Weiterführung des Eisernen Rheins darüber hinaus bis zur Schienenstrecke Köln-Neuss-Krefeld-Duisburg notwendig. Neben der unmittelbaren Bedeutung für den Wirtschaftsverkehr schafft die zusätzliche Schienenverbindung auch freie Kapazitäten für eine Verbesserung der Angebote im Schienenpersonenverkehr im Bereich Rheydt-Mönchengladbach-Viersen-Krefeld.

➤ **Den Flughafen Mönchengladbach entwickeln**

- Ein Konzept sollte entwickelt werden, das aufzeigt, wie der Flughafen Mönchengladbach im Rahmen seiner derzeitigen Genehmigungs-, Finanz- und Organisationssituation weiter belebt werden kann.
- Sollte sich der Flughafen Düsseldorf aus der finanziellen Verantwortung für den Flughafen Mönchengladbach zurückziehen, muss kurzfristig ein neues Betreiberkonzept und eine neue inhaltliche Ausrichtung für den Flughafen Mönchengladbach erarbeitet werden.
- Die IHK unterstützt den Gedanken, zu gegebener Zeit über ein gemeinsames Gewerbegebiet der Städte Mönchengladbach, Willich und Korschenbroich am Flughafen nachzudenken.

➤ **Eine ÖPNV-Brücke über den Rhein**

- Die Messe Düsseldorf und der Flughafen Düsseldorf sind für die Unternehmen im IHK-Bezirk ein bedeutender Standortfaktor. Eine zusätzlich den Rhein querende ÖPNV-Linie (U81), verknüpft mit den vorhandenen linksrheinischen Schienenpersonennahverkehrs-Angeboten, könnte zu einer deutlichen Entlastung der Straße führen.

➤ **Strategien für die Mobilität der Zukunft entwickeln**

- Der demografische Wandel, die Veränderungen der wirtschaftlichen Strukturen und Rahmenbedingungen sowie die Anforderungen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes haben auch Einfluss auf die Stadt- und Verkehrsplanung. Deshalb müssen die Kommunen nachhaltige Strategien für die Mobilität der Zukunft entwickeln und umsetzen.

➤ **Die Verlängerung der Schienenstrecke Kaarst-Mettmann nach Viersen**

- Mit der Initiative zur Einrichtung der Regiobahn zwischen Kaarst und Mettmann wurde eine Erfolgsgeschichte geschrieben. Die Verbindung unseres Wirtschaftsraums mit Düsseldorf bietet eine deutliche Entlastung für die Straße. Dieser Erfolg ist durch die Verlängerung der Regiobahn nach Willich, Mönchengladbach und Viersen fortzuschreiben.

Außerdem fordern wir für Krefeld:

➤ **Den Ausbau der A57**

- Der sechsspurige Ausbau der A 57 erreicht nun auch Krefeld. Das Planfeststellungsverfahren wird in Kürze eröffnet und führt zu einem Baubeginn zirka 2021. Genauso dringlich wie der Ausbau selbst ist die Leistungsfähigkeit des nachgeordneten Straßennetzes während der Bauzeit. Wir erwarten von der Stadt Krefeld, dass sie in Vorbereitung auf dieses Großprojekt ihr Straßennetz so gut vorbereitet, dass die notwendigen Ausweichstrecken zur Verfügung stehen.

➤ **Den Ausbau der Krefelder Hafeninfrastruktur**

- Der Krefelder Hafen hat sich in den vergangenen Jahren so gut entwickelt, dass inzwischen keine unmittelbaren Erweiterungsflächen mehr zur Verfügung stehen. Mit der Fertigstellung der letzten Investitionsmaßnahmen wird allerdings auch die Verkehrsinfrastruktur an ihre Grenzen stoßen.
- Für dieses wichtige Industriegebiet von überregionaler Bedeutung muss die Anbindung an das übergeordnete Straßennetz verbessert werden. Wir fordern die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung auf, nach einer leistungsfähigen Südanbindung des Hafens an die A 57 zu suchen.
- Genauso wichtig ist die leistungsfähige Nordanbindung über die B 288 und die Uerdinger Rheinbrücke. Auch hier fordern wir eine schnelle Lösung.

➤ **Die Erreichbarkeit der Innenstadt**

- Die Attraktivität der Innenstadt hängt auch von der Präsenz kompetenter Mitarbeiter ab. Mehr als zwei Drittel der Berufspendler nutzen für ihre Wege zur Arbeit den Pkw. Zur Bindung an die Arbeitsplätze in der Stadt Krefeld sind die Erreichbarkeit und die Verfügbarkeit von Parkraum erforderlich. Wir fordern die Stadt Krefeld auf, bei der Entwicklung beabsichtigter Mobilitätskonzepte auf die Bedürfnisse der Berufspendler Rücksicht zu nehmen.

Außerdem fordern wir für Mönchengladbach:

➤ **Die Realisierung einer Ost-Umfahrung**

- Der Bundesverkehrswegeplan sieht die Verstärkung des Autobahnringes Mönchengladbach durch Ausbau der A 52 und Umbau der A 61/A 46 vor. Diese Maßnahmen sind hauptsächlich den Anforderungen des Braunkohletagebaus geschuldet. Eine leistungsfähige östliche Umfahrung Mönchengladbachs über einen Lückenschluss der A 44 konnte nicht in den Bundesverkehrswegeplan eingebracht werden. Wir fordern daher als Ersatz die Schaffung einer leistungsfähigen Ost-Umfahrung im Sinne der Planungen der L 19.

➤ **Eine IC-Verbindung Düsseldorf-Eindhoven über Mönchengladbach**

- Hinter dem EU-Projekt RoCK (Regions of Connected Knowledge) als Dachmarke steht ein Bündel von grenzüberschreitenden Verkehrsprojekten in Nordwesteuropa. Ein Teilprojekt bildet eine IC-Verbindung zwischen Eindhoven und Düsseldorf über Venlo und Mönchengladbach. Wir fordern die Umsetzung dieser Maßnahme im euregionalen Konsens unter Beteiligung der Städte Eindhoven, Venlo, Viersen, Mönchengladbach und Düsseldorf.

➤ **Die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Lkw-Routenkonzept**

- Die Stadt Mönchengladbach hat mit dem Lkw-Routenkonzept vorbildlich auf die Hindernisse für den Wirtschaftsverkehr durch Luftreinhalte- und Lärmaktionsplanung reagiert. Die Fertigstellung und insbesondere die Umsetzung einzelner Maßnahmen ist allerdings derzeit nicht hinreichend abgesichert. Wir fordern von der Stadt, weiterhin die Erreichbarkeit aller Ziele für den Wirtschaftsverkehr aufrechtzuerhalten.

Außerdem fordern wir für den Rhein-Kreis Neuss:

➤ **Den sechsspurigen Ausbau der A57, Anschlussstelle Delrath**

- Die Stadt Dormagen verfügt mit dem Gewerbegebiet „Silbersee“ noch über eine der wenigen großen zusammenhängenden Entwicklungsflächen in der Region. Der Ausbau der A 57 bietet die Möglichkeit, dieses Gebiet zu erschließen. Mit der beabsichtigten Anschlussstelle Delrath wird zudem auch eine deutliche Entlastung der überlasteten B 9 erreicht. Wir fordern die Planungsbeteiligten auf, dieses Projekt zügig umzusetzen.

➤ **Den Umbau der Anschlussstelle Neuss-West**

- Die aktuelle Verkehrslage zeigt schon jetzt, dass die Anschlussstelle Neuss-West in den Hauptverkehrszeiten überlastet ist. Mit dem Umbau der Autobahnen im Braunkohleabbaugebiet wird sich der Druck noch deutlich erhöhen. Wir fordern den Ausbau der Anschlussstelle Neuss-West und des Westrings Neuss nach Süden.

➤ **Eine Verkehrserschließung Grevenbroichs**

- Die L 361n verbindet die nördlichen Stadtteile Grevenbroichs mit dem überregionalen Straßennetz. Durch eine fehlende Ortsumgehung von Kapellen ist der Verkehrsdruck groß. Durch einen entsprechenden Lückenschluss würden die Bürger entlastet, und das Industriegebiet Ost würde besser angebunden werden. Verbunden mit der Renaturierung der Erft bietet sich eine nachhaltige Ausgleichsmaßnahme für Natur und Mensch. Wir fordern den Lückenschluss der L 361n.
- Die innere Verkehrsinfrastruktur der Stadt Grevenbroich wird der wachsenden Wohnsiedlungsentwicklung nicht mehr gerecht. Wir fordern gerade mit Blick auf die Berufspendler ein verbessertes Infrastrukturkonzept für die Erreichbarkeit des Bahnhofs Grevenbroich.

➤ **Die Sicherung der Fahrwasserhöhe auf dem Rhein auf 2,80 m**

- Eine Containerlage auf einem Binnenschiff ersetzt zirka 80 bis 120 Lkw-Fahrten auf der Straße. Die regelmäßige Nutzung der Wasserstraße setzt allerdings eine verlässliche Wasserstandshöhe voraus. In einem grenzüberschreitenden Projekt mit den Niederlanden wurde die Sicherung der Fahrwasserhöhe in der definierten Fahrrinne des Rheins von 2,5 m auf 2,8 m bis nach Krefeld umgesetzt. Die Sicherung dieser Fahrwasserhöhe über Krefeld hinaus bis nach Köln/Bonn ist verkehrs-, industrie- und umweltpolitisch sinnvoll und auch für den Hafen Neuss wichtig.
- Im Bundesverkehrswegeplan 2030 ist die Sicherung der Fahrwasserhöhe auf 2,80 m bis nach Dormagen-Stürzelberg im vordringlichen Bedarf ausgewiesen. Wir fordern die zügige Umsetzung dieser Maßnahme.

Außerdem fordern wir für den Kreis Viersen:

➤ **Die Beseitigung des Schienenengpasses in Viersen**

- Die sogenannte Brabantlinie verbindet den Seehafen Rotterdam mit Köln. Bisher ist das eingleisige Teilstück zwischen Kaldenkirchen und Dülken ein Engpass, der die weitere Entwicklung von Güter- und Personenverkehr einschränkt. Mit der Entscheidung, dieses Teilstück leistungsfähig auszubauen, wird dieser Flaschenhals beseitigt.
- Was allerdings bleibt, ist die Engpassstelle Viersen. Die mögliche Verbindung über eine „Viersener Kurve“ ist auf Dauer planerisch nicht umsetzbar. Deshalb fordern wir eine leistungsfähige Alternative – gegebenenfalls in Form einer großzügigen südlichen Umfahrung der Stadt Viersen.

➤ **Den Ausbau der Landstraße 26**

- Die Kreuzung der Landstraße 26 und der Autobahn 44 ist eine wichtige Erschließung für das Gewerbegebiet Willich-Münchheide. Berufspendler aus dem Raum Kempen und Tönisvorst nutzen sie, um zu ihren Arbeitsplätzen in Düsseldorf zu fahren. In der Rushhour stauen sich hier täglich tausende von Fahrzeugen. Der durchgängige Ausbau der L 26 auf vier Spuren wird derzeit im Zusammenhang mit dem sechsspurigen Ausbau der A 44 betrachtet. Wir fordern eine Abtrennung der Verfahren, eine vorzeitige Umsetzung des Brückenumbaus und die Harmonisierung der Ampelschaltungen auf den angrenzenden Landstraßen 361, 381 und 461.

Gewerbeflächen fürs Wachstum

Die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen ist die Grundlage für Wertschöpfung, Wachstum und neue Arbeitsplätze. Derzeit nehmen Gewerbe und Industrie lediglich 3,6 Prozent der Fläche am Niederrhein in Anspruch. Neue Unternehmen müssen sich ansiedeln können, und vorhandene Betriebe brauchen Entwicklungsmöglichkeiten.

Das fordern wir für den Mittleren Niederrhein:

➤ **Eine zukunftsweisende Flächenpolitik**

- Damit sich Unternehmen weiterentwickeln können, benötigen sie Flächen, die ihren Bedürfnissen gerecht werden. Für dienstleistungs- und kundenorientierte Betriebe sind innerstädtische oder innenstadtnahe Flächen geeignet, auch ehemalige Industrieflächen mit einem Mix aus Wohnen, Handel, Dienstleistung und Handwerk. Dagegen können sich emittierende Unternehmen nur in Industriegebieten ansiedeln. Damit Betriebe am Standort wachsen können, sollten diese Gebiete möglichst erweitert werden können.
- Bei der Auswahl geeigneter Flächen muss die Marktfähigkeit geprüft werden. Das gilt auch für Flächenreserven. Ungeeignete Areale müssen anders genutzt, neue geeignete sollten gesucht werden.
- Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche müssen auch entlang von Hauptverkehrsachsen und unabhängig von vorhandenen Siedlungsbereichen möglich sein.
- Die Bedarfsermittlung sollte auf der Grundlage eines Monitorings erfolgen, das sich am regionalen, branchenspezifischen Bedarf orientiert. Flächenreserven von bestehenden Unternehmen dürfen nicht in die allgemeine Bedarfsrechnung einfließen.
- Teilweise liegen neue Wirtschaftsflächen in der Nachbarschaft zu bereits vorhandenen emittierenden Industriebetrieben, die Störfallanlagen betreiben. Die planerischen Festlegungen müssen so gestaltet werden, dass sich sowohl neue als auch bestehende Betriebe weiterentwickeln können.
- Gewerbe- und Industriegebiete müssen vor konkurrierenden Nutzungen, vor allem vor heranrückender Wohnbebauung, geschützt werden. Werden im Umfeld von Gewerbe- und Industriegebieten Wohnungen geplant, muss das Vorhaben mit den Unternehmen abgestimmt werden. Wohnnutzungen dürfen weder den Bestand noch die Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerbe- und Industriegebiete beeinträchtigen.
- Der derzeitige Regionalplanentwurf (2017) geht noch nicht hinreichend auf die Bedarfssituation in den Kommunen des Kammerbezirks ein. Deshalb ist es notwendig, dass wir in Absprache mit den Gebietskörperschaften weiterhin für die notwendigen Flächenausweisungen werben.

➤ **Einen Immissionsschutz in Ballungsräumen**

- Wenn emittierende Unternehmen an Wohngebäude heranrücken, sind sie zur Rücksichtnahme verpflichtet. Das muss auch im umgekehrten Fall gelten, wenn Wohngebäude in der Nähe von emittierende Betrieben entstehen.
- Die immissionsschutzrechtlichen Regelungen zum Gewerbelärm sollten an die Systematik zum Verkehrslärmschutz angepasst werden. Beispielsweise sollten passive Schallschutzmaßnahmen gegen Gewerbelärm gesetzlich zugelassen werden.

➤ **Eine neue Regelung für Kompensationsmaßnahmen**

- Kompensationsmaßnahmen, also Maßnahmen, die einen Eingriff in Natur und Landschaft an anderer Stelle ausgleichen sollen, sind für viele Unternehmen ein finanzielles Problem. Deshalb müssen die entsprechenden Regelungen überarbeitet werden.
- Maßnahmen sollten gleichzeitig dem Gewässerschutz, dem Natur- und dem Artenschutz, dem Landschaftsbild und der Erhaltung der Biodiversität zugutekommen können.
- Von dem rein rechnerischen Ausgleich von Eingriffen sollte abgewichen werden.
- Sinnvoll sind moderne, multifunktionale Maßnahmen. Beispielsweise sollten der Ausbau der Landschaft für die Erholung und der Radwegebau ebenfalls anerkannt werden.

➤ **Einen wirtschaftsgerechten Landesentwicklungsplan**

- Der im Frühjahr 2017 in Kraft getretene Landesentwicklungsplan vermittelt aufgrund seiner restriktiven Vorgaben nicht den Eindruck, dass Investitionen in unserem Land erwünscht sind. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, kurzfristig Erlasse und Verordnungen auf den Weg zu bringen und mittelfristig den Landesentwicklungsplan so zu ändern, dass die landesplanerischen Vorgaben praxisorientiert sind und so eine nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen ermöglichen.

➤ **Neue Flächen für zusätzliches Gewerbe**

- **Interkommunales Gewerbegebiet Krefeld/Meerbusch A 44:** Es müssen verbindliche Verabredungen getroffen werden, damit in die konkrete Planung eingestiegen werden kann. Der erste Spatenstich sollte 2025 erfolgen.
- **Regiopark Mönchengladbach/Jüchen:** Die Option, das Gebiet zu erweitern, sollte weiterhin möglich sein. Deshalb plädieren wir dafür, weitere Flächen in den Bereichen Sasserath und Mongshof auszuweisen.
- **Chancen für Logistik:** Die IHK hat in Zusammenarbeit mit dem Rhein-Kreis Neuss und allen Gebietskörperschaften im Kammerbezirk Flächenreserven auf ihr Entwicklungspotenzial hin untersucht. Dabei sind fünf Premiumflächen herausgearbeitet worden, die realisiert werden sollten:
 - Interkommunales Gewerbegebiet Mönchengladbach/Viersen „Mackenstein“
 - Interkommunales Gewerbegebiet Dormagen/Neuss „Silbersee“
 - Interkommunales Gewerbegebiet Grevenbroich/Jüchen „A 540“
 - Interkommunales Gewerbegebiet Krefeld/Meerbusch „Hafen“
 - Ehemaliger Militärflughafen Niederkrüchten-Elmpt

➤ **Die Entwicklung der Häfen nicht beeinträchtigen**

- Der Neusser und Krefelder Hafen sind bedeutende Standorte für trimodale Logistik. Sie sollten vorrangig für Industrie- und Logistikbetriebe reserviert werden. Wir fordern deshalb, dass sich Planungen für freiwerdende Gebiete in den beiden Häfen an dieser besonderen Funktion des Hafens orientieren. Planungen im Umfeld der Häfen dürfen deren Entwicklungsmöglichkeiten nicht beeinträchtigen.

Außerdem fordern wir für Krefeld:

➤ **Die Voraussetzungen für Gewerbegebiet Elfrather See schaffen**

- Für das Gewerbegebiet Elfrather See sollten zeitnah die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit das Areal der Wirtschaft schnell zur Verfügung steht.

Außerdem fordern wir für den Rhein-Kreis Neuss:

➤ **Das Gewerbeflächenangebot im Rhein-Kreis Neuss ausbauen**

- **Neuss:** Im Regionalplan und im Flächennutzungsplan müssen weitere Gewerbeflächen in Neuss dargestellt werden, beispielsweise in Allerheiligen (Kuckhofer Straße Ost), im Bereich Morgensternsheide und in Hoisten-Süd. Darüber hinaus sollten perspektivisch auch die noch nicht genutzten Flächen im Industrieband Uedesheim zwischen der A 57 und der B 9 im Hinblick auf Erweiterungspotenziale untersucht werden. Eine zusätzliche Erweiterung des Gewerbegebietes Kreitzweg in Richtung Südwesten sollte geprüft werden.
- **Kaarst:** Die Revitalisierung des Gewerbegebietes Kaarst-Ost sollte dazu genutzt werden, neue imageprägende gewerbliche Nutzungen anzusiedeln. Gleichzeitig sollten die vorhandenen Unternehmen die Möglichkeit haben, sich zu entwickeln.
- **Korschenbroich:** Wir fordern die Aufnahme eines Gewerbe- und Industriegebietes im Bereich Hasseldamm in den Regionalplan. Dieser Standort ist aufgrund seiner großen Entfernung zu Wohngebieten für emittierende Unternehmen prädestiniert.
- **Jüchen:** Für die Anforderungen der Logistikwirtschaft ist eine optimale Anbindung des interkommunalen Gewerbegebietes Grevenbroich/Jüchen A 540 an die A46 unerlässlich. Deshalb fordern wir das Land und Straßen.NRW auf, gemeinsam mit den Kommunen an einer Lösung zu arbeiten.
- **Grevenbroich:** Die Stadt Grevenbroich benötigt neben den Flächen im interkommunalen Gewerbegebiet Grevenbroich/Jüchen „A 540“ auch neue stadtnahe Gewerbegebiete. Dafür sollten die Flächen im Bereich Kapellen (Auf den Hundert Morgen), der Ausbau des Gewerbegebietes Grevenbroich-Ost, die Neuentwicklung eines Gewerbegebietes südlich der A 46 (zwischen Düsseldorfer Straße und L116) sowie die Aktivierung der im Regionalplan dargestellten Sondierungsfläche südlich der A 46 und nordöstlich der L 361 in Angriff genommen werden.
- **Rommerskirchen:** Rommerskirchen ist vor allem ein Agrarstandort und bietet sich aufgrund der zentralen Lage in der Region optimal für ein Agrarzentrum an. Um dies planerisch aufzugreifen, sollte im Regionalplan eine zweckgebundene Fläche „Agrobusiness“ südlich von Gill und nördlich der B 59n dargestellt werden.
- **Dormagen:** Zur Erweiterung des Gewerbegebietes TOP West sollte zeitnah das erforderliche Planungsrecht geschaffen werden. Mittelfristig sollte die Norderweiterung des Gewerbegebietes Hackenbroich realisiert werden.

Außerdem fordern wir für den Kreis Viersen:

- **Die Erarbeitung eines städtebaulichen Konzepts**
 - Für das interkommunale Gewerbegebiet Mönchengladbach/Viersen „Mackenstein“ müssen die Kommunen ein städtebauliches Konzept inklusive Erschließung erarbeiten, damit die Entwicklung vorangetrieben werden kann.

- **Die Weiterentwicklung des ehemaligen Militärflughafens Niederkrüchten-Elmpt**
 - Die Entwicklungsgesellschaft „Energie und Gewerbepark Elmpt mbH“ muss zeitnah das Konzept für den ehemaligen Militärflughafen Niederkrüchten-Elmpt weiterentwickeln und umsetzen.
 - Das Nutzungskonzept, das einen Mix aus Natur, Gewerbe und erneuerbare Energien vorsieht, unterstützen wir. Dabei sollten vorrangig Logistikansiedlungen in Betracht gezogen werden. Die Flächen im Bereich der ehemaligen Landebahnen müssen so geplant werden, dass für erneuerbare Energien möglichst viel Platz zur Verfügung steht.

- **Die Marktfähigkeit des Gewerbe Parks VeNeTe Nettetal-Kaldenkirchen prüfen**
 - Nach Rücknahme der Grundstücke durch die Stadt Nettetal fordern wir einen Neustart in der Flächenvermarktung. Dabei sollte die Marktfähigkeit des Flächenzuschnitts und des Planungsrechts geprüft werden.

- **Die zeitnahe Vermarktung des Gewerbegebiets Münchheide V**
 - Im neuen Regionalplan Düsseldorf ist die Erweiterung des Gewerbegebietes Münchheide V zwischen Aachener Straße und A44 vorgesehen. Die Vermarktung und Realisierung sollten schnellstmöglich vorangetrieben werden.

- **Den Grünzug für den Bereich Willich-Niederheide zurücknehmen**
 - Für den Bereich Willich-Niederheide fordern wir, dass die Bezirksregierung den regionalen Grünzug im Regionalplan zurücknimmt, damit die Entwicklung vorhandener Betriebe planerisch abgesichert werden kann.

Digitale Welten für zeitgemäße Vernetzung

Die Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten, grundlegend. Die digitale Vernetzung von Maschinen und Produkten wird sich in Zukunft rasant weiterentwickeln. Neue Geschäftsmodelle entstehen, traditionelle Prozesse, Produkte und Dienstleistungen werden infrage gestellt.

Das fordern wir für den Mittleren Niederrhein:

➤ **Den flächendeckenden Breitbandausbau**

- Eine leistungsstarke digitale Infrastruktur ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der digitalen Transformation sowie für die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Für Unternehmen ist sie Grundlage für eine reibungslose Abwicklung ihrer Geschäfte.
- Die Städte und Gemeinden sollten dafür sorgen, dass eine flächendeckende und leistungsfähige Breitbandversorgung gewährleistet werden kann.

➤ **Weitere Unterstützung bei der digitalen Transformation**

- Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen benötigen bei der Umsetzung der digitalen Transformation Unterstützung.
- Praxisnahe Förderprogramme sind ebenso erforderlich wie die Möglichkeit von Vernetzungen mit NRW-weiten Hubs, Kompetenzzentren und Hochschulen.

➤ **Den Bereich IT-Sicherheit an der Hochschule weiter ausbauen**

- Die Grundlage für alle Initiativen zur Digitalisierung der Wirtschaft ist die IT-Sicherheit. Die Hochschule Niederrhein hat daher ein Kompetenzzentrum für IT-Sicherheit (Clavis) in Mönchengladbach gegründet und damit dieses wichtige Thema besetzt. Dieses Kompetenzzentrum sollte unterstützt werden.
- Ziel muss sein, die IT-Sicherheitskompetenz der Hochschule auszubauen und auch weitere Bildungsangebote rund um IT-Sicherheit am Standort Mönchengladbach zu entwickeln beziehungsweise zu bündeln.
- Wir begrüßen die Überlegungen zur Gründung einer Cybercrime-Akademie (CCA) und zur Entwicklung neuer Studiengänge. Das Thema hat Potenzial, die überregionale Wahrnehmbarkeit der Hochschule zu stärken. Zugleich bietet es einen Wettbewerbsvorteil für die regionalen Unternehmen.

Außerdem fordern wir für den Rhein-Kreis Neuss:

➤ **Die I+K-Infrastruktur verbessern**

- Der Standortfaktor I+K-Infrastruktur wird von zahlreichen Unternehmen als schlecht bewertet. Dabei sind sie auf eine leistungsfähige I+K-Infrastruktur angewiesen. Das betrifft insbesondere Unternehmen im Bereich des Hafens sowie im Gewerbegebiet Neuss-Süd.

Energiewende mit Zukunft

Das Miteinander von Energieerzeugern und Industrie-Clustern ist für die Wirtschaft am Niederrhein typisch. Die Bedürfnisse der Unternehmen sollten bei den energiepolitischen Weichenstellungen mehr als bisher berücksichtigt werden.

Das fordern wir für den Mittleren Niederrhein:

➤ **Eine Energiepolitik mit Augenmaß**

- Wir plädieren auf dem Weg zu einer weitgehend auf Erneuerbaren Energien fußenden Energieversorgung für eine Politik mit Augenmaß.
- Wir lehnen eine Politik ab, bei der die Energiewendelasten vorwiegend in unserer Region getragen werden sollen, während andere Regionen allein von den Vorteilen profitieren und sich ansonsten verweigern.
- Wir wollen einen Strukturwandel in der Region, keinen Strukturbruch. Der Mittlere Niederrhein soll auch Industrieregion bleiben.

➤ **Perspektiven für das Braunkohlerevier entwickeln**

- Die IHK unterstützt die interkommunalen Ansätze der „Innovationsregion Rheinisches Revier“ und des „Rheinischen Sixpacks“ – das ist der Zusammenschluss der Kommunen Bedburg, Bergheim, Elsdorf, Grevenbroich, Jüchen und Rommerskirchen – sowie des Zweckverbands „Tagebaufolge(n)landschaft Garzweiler“, dem die Kommunen Mönchengladbach, Erkelenz, Jüchen und Titz angehören. Alle Zusammenschlüsse haben das Ziel, Perspektiven für die Zeit nach dem Abschalten von Kraftwerken beziehungsweise dem Auslaufen des Braunkohletagebaus zu entwickeln. Hierzu gehört auch die Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen.
- Diese Flächen müssen in den Regionalplänen außerhalb des kommunalen Bedarfs dargestellt werden.
- Bund, Land und Kommunen müssen ein Konzept für die künftige Nutzung des stillgelegten Kraftwerkstandorts Frimmersdorf entwickeln.

Außerdem fordern wir für Krefeld:

➤ **Den Bau des Gaskraftwerks in Krefeld-Uerdingen**

- Auf dem Gelände des CURRENTA Chemparks in Krefeld-Uerdingen soll ein Gaskraftwerk mit einer Leistung von 1.500 MW errichtet werden. 2016 hätte das Kraftwerk ans Netz gehen können. Wegen der unsicheren energiepolitischen Rahmenbedingungen haben die Betreiber das Projekt jedoch auf das Jahr 2020 verschoben. Damit die Energie-/Dampfversorgung gesichert ist, modernisiert CURRENTA verschiedene vorhandene Kessel.
- Wir fordern vor dem Hintergrund der hohen Investitionsvolumina langfristig sichere energiepolitische Rahmenbedingungen, die aus Gründen der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit der Stromversorgung auf absehbare Zeit weiterhin die fossile Stromerzeugung ermöglichen müssen.

Industrie – Rückgrat der Region

Die Industrie ist das Rückgrat der Wirtschaft am Mittleren Niederrhein. Umso wichtiger ist es, dass die Bürger den Stellenwert der Industrie erkennen und Industrieprojekte akzeptieren. Ohne Industrie würde es viele alltägliche Produkte, die für uns selbstverständlich sind, nicht geben.

Das fordern wir für den Mittleren Niederrhein:

➤ **Mehr Akzeptanz für die Industrie**

- Die Industrie ist das Fundament des Wohlstands der Region. Allerdings fehlt es in Politik und Gesellschaft zunehmend an Verständnis für die Bedürfnisse der Industrie. Daher ist es wichtig, dafür in einem offenen Dialog mit den Bürgern zu werben.

➤ **Den Schutz der Industriegebiete**

- Die wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen in Industrie- und Gewerbegebieten dürfen durch benachbarte Wohnprojekte oder ähnliche Ansiedlungen, die vor Emissionen geschützt werden müssen, nicht beeinträchtigt werden. Ihr Bestand muss geschützt werden, Entwicklungen müssen möglich sein. Wir fordern, dass sämtliche Planungen für Projekte im Umfeld von Industriegebieten frühzeitig, also vor Beginn offizieller Planverfahren, mit den Unternehmen abgestimmt werden.

Forschung und Innovationen sichern die Zukunft

Forschung und Entwicklung, neue Technologien und Innovationen sind Basis dafür, dass der Mittlere Niederrhein sich auch in Zukunft im Wettbewerb mit anderen Regionen behaupten kann. Die Innovationskraft der Unternehmen ist für unsere Region von entscheidender Bedeutung.

Das fordern wir für den Mittleren Niederrhein:

- **Den Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft forcieren**
 - Die Hochschulausbildung sollte noch stärker als bisher die Bedürfnisse der Wirtschaft widerspiegeln.
 - Der Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sollte forciert werden. Entwicklungen und Forschungsergebnisse der Hochschulen sollten sichtbarer werden.
 - Die Digitalisierung muss eine stärkere Rolle im Studienangebot spielen.

- **Die Förderung von Innovationen ohne bürokratische Hürden**
 - Vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen sind Innovationen bedeutend, um dauerhaft am Markt erfolgreich zu sein.
 - Wir fordern unbürokratische und themenoffene Förderprogramme für Innovationen – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.

Der Niederrhein, ein starkes Stück Rheinland

Wie alle Regionen ist der Mittlere Niederrhein auf Investoren angewiesen. Im Wettbewerb mit anderen Regionen können wir uns nur behaupten, wenn Politik, Verwaltung und Unternehmen miteinander kooperieren.

Das fordern wir für den Mittleren Niederrhein:

- **Ein gemeinsames Destinationsmanagement und -marketing Niederrhein**
 - Trotz zahlreicher Erfolgsmeldungen zur Entwicklung des Tourismus hinkt der Niederrhein hinterher. Dies hängt auch mit dem fehlenden Willen zusammen, ein gemeinsames Destinationsmanagement und -marketing für den Niederrhein aufzubauen. Nur, wenn sich alle unter einer Marke versammeln, können wir noch besser und effektiver für unsere Region werben. Daher fordern wir, die Diskussion über die zukünftigen Tourismusstrukturen am Niederrhein weiterzuführen.

- **Die Weiterentwicklung der Metropolregion zur Marke**
 - Der Niederrhein ist ein wichtiger Bestandteil der Metropolregion Rheinland. Nach deren Gründung wird es nun darum gehen, sie gemeinsam in ihren verschiedenen Ausprägungen als zusammenhängenden Lebensraum zu positionieren.
 - Wir fordern die Weiterentwicklung der Metropolregion Rheinland zu einer Marke. Auf diesem Weg sollen Kooperationen verstärkt und Synergien geschaffen werden.